

# Reglement

für die

**Volkschulen des Kantons Wallis**



Gitten  
Buchdruckerei Kleindienst & Schmid  
1911

© 2000 Blackwell Science Ltd *Journal of Internal Medicine* 247: 395–402

\_\_\_\_\_





# Reglement

für die

## Volksschulen des Kantons Valais

---

### I. Kapitel

#### Zweck der Volksschule

Art. 1. — Die Volksschule bezweckt wesentlich, Geist und Herz der Zöglinge zu bilden, aus ihnen gute Bürger und religiöse und sittliche Menschen zu machen, ihnen Ordnungs- und Arbeitsliebe einzupflanzen und ihnen die zum Leben notwendigen Kenntnisse beizubringen.

Um diesen wichtigen Zweck zu erreichen bedarf es einer tüchtigen und hingebungsvollen Lehrerschaft und der Unterstützung durch die Eltern und die weltlichen und geistlichen Behörden.

## II. Kapitel

### Aufnahme und Besuch

Art. 2. — Das schulpflichtige Alter wird durch den Art. 11 des Gesetzes bestimmt.

Art. 3. — Ueber die Aufnahme von Schülern unter sieben Jahren entscheidet der Schulausschuß.

Art. 4. — Nicht zugelassen werden die vom Schularzt als bildungsunfähig erklärten Kinder und solche, die mit Gebrechen behaftet sind, welche den Schulbesuch unmöglich machen.

Art. 5. — Die Kinder haben die Volksschule ihrer Wohnortsgemeinde zu besuchen. Wohnen sie aber der Schule einer andern Gemeinde näher, so können sie, mit Ermächtigung des Schulinspektors und im Einverständnisse der beiden beteiligten Gemeinden, diese besuchen.

Art. 6. — In diesem Falle hat die Wohnortsgemeinde an die jährlichen Schulausgaben der Gemeinde, wo das Kind die Schule besucht, verhältnismäßig beizutragen.

Art. 7. — Nach dem Aufenthalt von einer Woche in einer Gemeinde wird der Besuch der

Volksschule oder der Fortbildungsschule obligatorisch.

Art. 8. — Die im Kanton Wallis wohnsässigen Schüler dürfen nur mit einer vom Schulinspektor gutgeheißenen Ermächtigung des Schulausschusses außerkantonale Schulen besuchen.

Art. 9. — Die Eltern oder die verantwortlichen Vertreter eines Schülers, der seinen Wohnort ändert, haben den Nachweis zu leisten, daß er die Schulen seiner neuen Wohnsitzgemeinde besucht.

Art. 10. — Nach Eröffnung des Schuljahres kann der Uebertritt von einer öffentlichen in eine freie Schule und umgekehrt bloß mit Ermächtigung des Schulinspektors erfolgen.

### III. Kapitel

#### **Einrichtung und Stundenplan der Schulen**

Art. 11. — Die genaue Zahl der Unterrichtsstunden, die keinesfalls unter dem im folgenden Absätze vorgesehenen Minimum bleiben darf, wird durch den Schulausschuß bestimmt. Der Schulinspektor ist immerhin befugt, Abänderungen eintreten zu lassen.

Diese Minimalansätze sind für jede Woche und Klasse :

bei Schulen von 6—7 Monaten 25 Stunden für die Schüler der ersten Klasse und 30 Stunden für die übrigen ;

bei Schulen von 8 oder mehr Monaten Dauer, 20—25 Stunden.

Diese Minimalansätze gelten für sämtliche Schulen der gleichen Abteilung.

Art. 12. — Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten, mit Einschluß der Haushaltungsfächer, muß für die Schulen von 6 Monaten wöchentlich wenigstens 4 Stunden und für diejenigen von 7 Monaten und darüber wenigstens 6 Stunden umfassen.

#### IV. Kapitel

##### Lehrgegenstände und Lehrmethode

Art. 13. — Die Lehrfächer sind durch den Art. 57 des Gesetzes bestimmt.

Art. 14. — Die in den verschiedenen Abteilungen einer Klasse erteilten Unterrichtsfächer sind für sämtliche Schüler dieser Abteilungen obligatorisch.

Eltern, die sich weigern, daß ihren Kindern Religionsunterricht erteilt werde, haben ihr dazugehöriges Gesuch dem Präsidenten des Schulausschusses schriftlich einzureichen, und dieser hat den Schulinspektor davon innert drei Tagen zu benachrichtigen.

Art. 15. — Spätestens vierzehn Tage nach der Eröffnung der Schule hat der Lehrer dem Schulausschusse zur Genehmigung zu unterbreiten :

1. den Stunden- oder Unterrichtsplan;
2. ein Doppel der monatlichen Unterrichtsverteilung für jede Abteilung seiner Klasse.

Das allgemeine Programm und die Tagesordnung für die Woche sind mit besonderer Sorgfalt auszuarbeiten.

Die wöchentliche Tagesordnung ist spätestens vierzehn Tage nach der Eröffnung des Kurses im Schulzimmer anzuschlagen.

Art. 16. — Der Lehrer führt ein Klassen-Tagebuch oder Vorbereitungsbuch, in das er täglich kurz die Lektionen und Aufgaben des folgenden Tages einträgt. Er verzeichnet darin auch die hauptsächlichsten Bemerkungen, die er am folgenden Tage anzubringen gedenkt. Der Schulinspektor



prüft dieses Tagebuch bei seinen Besuchen oder läßt sich dasselbe zusenden.

Art. 17. — Am Ende des Monats wird der während desselben durchgenommene Lehrstoff wiederholt. Diese Wiederholungen finden in den jedem Fache durch die Tagesordnung angewiesenen Unterrichtsstunden statt.

Art. 18. — Am Vor- und Nachmittag wird den Schülern eine viertelstündige Erholungspause eingeräumt.

Art. 19. — In der Regel wird der Unterricht im Messen, in den Nadelarbeiten, in Zeichnen, Gesang und Turnen durch den Klassenlehrer erteilt.

Art. 20. — Der Unterricht in den Nadelarbeiten ist auch für die Schülerinnen einer gemischten Schule obligatorisch.

Art. 21. — Dieser Unterricht ist auf den Nachmittag zu verlegen. Mit Ermächtigung des Inspektors kann jedoch ausnahmsweise von dieser Vorschrift abgewichen werden.

Art. 22. — Der Religionsunterricht wird vom Ortspfarrrer, und wenn möglich, während der

ersten oder der letzten Schulstunde erteilt. Sofern die Räumlichkeiten sich dazu eignen, können mehrere Klassen zusammen unterrichtet werden. Ebenso kann zur Sommerszeit, und sofern sie geheizt ist, auch während des Winters die Kirche zu diesem Zwecke benutzt werden, wenn sie sich in der Nähe der Schule befindet.

## V. Kapitel

### Kleinkinderschule

Art. 23. — In die Kleinkinderschulen, die in der Regel verschiedene Abteilungen umfassen, werden die Kinder im Alter von 4 bis 7 Jahren aufgenommen.

Nicht zugelassen werden blinde, taubstumme, schwachsinige und mit ansteckenden Krankheiten behaftete Kinder.

Art. 24. — Die Leitung dieser Schulen wird, soweit tunlich, patentierten Lehrerinnen anvertraut.

Art. 25. — Bei allzu starkem Zudrange kann der Schulausschuß für die Erstzulassung eine höhere Altersgrenze bestimmen. Sobald die Zahl der Schüler 70 übersteigt, muß in der Regel die Schule geteilt werden.

Art. 26. — Der Besuch der Gemeinde-Kleinkinderschule ist unentgeltlich und fakultativ.

Art. 27. — In den Gemeinden, die noch keine Kleinkinderschule besitzen, können die Eltern die Errichtung einer solchen verlangen, wenn 40 Kinder sie zu besuchen bereit sind. Ein dahieriges Begehren ist an den Schulausschuß zu Händen der Gemeindeverwaltung einzureichen.

Wird das Gesuch von der Gemeindebehörde abschlägig beschieden, so kann der Refurs an das Erziehungsamt ergriffen werden.

Art. 28. — Eine solche Schule darf ohne Ermächtigung des Staatsrates nicht aufgehoben werden.

## VI. Kapitel

### Freie Schulen

Art. 29. — Die freien Schulen sind der Oberaufsicht des Staatsrates unterstellt, der dieselbe durch das Erziehungsamt und den Kreisinspektor ausübt. Dieser hat jederzeit freien Zutritt zu denselben und das Recht zur Abnahme einer Prüfung.

Art. 30. — Spätestens 30 Tage vor der Eröffnung hat die Leitung einer freien Schule dem

Erziehungsamt davon Mitteilung zu machen und gleichzeitig den Unterrichtsplan, das Schulreglement und die Namen der Mitglieder des Schulausschusses einzusenden.

Art. 31. — Eröffnung und Schluß des Schuljahres sind dem Kreisinspektor vierzehn Tage vorher zur Kenntniss zu bringen.

Art. 32. — Der Schulausschuß hat innerhalb acht Tage nach der Eröffnung des Schuljahres dem Gemeindepräsidenten ein Verzeichnis sämtlicher Schüler einzureichen.

Ebenso hat der Schulausschuß dem Gemeindepräsidenten unverzüglich die Namen der im Laufe des Jahres neu eintretenden oder austretenden Schüler mitzuteilen.

Art. 33. — Alle für die öffentlichen Schulen geltenden Bestimmungen über das schulpflichtige Alter, das Schulbüchlein, die Klassenteilung, die Entlassungsprüfungen, die hygienischen Vorschriften, die Urlaubsbewilligungen und die Schulversäumnisse sind auf die freien Schulen anwendbar.

Art. 34. — Die Bußgelder fallen der freien Schule zu. Der Schulinspektor ist befugt, dieselben zu kontrollieren.

Art. 35. — Die unter den Buchstaben a) und b) des Art. 75 des Gesetzes vorgesehenen Strafbestimmungen sind auf die Leitung der freien Schule anwendbar. Die unter lit. c) des Art. 75 vorgesehene Buße ist auf den Schulausschuß der freien Schule anwendbar.

Art. 36. — Unter Vorbehalt des Rekurses an den Inspektor entscheidet der Schulausschuß über schwere Anstände zwischen den Lehrern der freien Schule und den Schülern oder ihren Eltern.

Art. 37. — Anstände zwischen dem Schulausschuß, der Leitung und der Lehrerschaft werden vom Schulinspektor entschieden, wobei der Rekurs an das Erziehungsamt vorbehalten bleibt.

Art. 38. — Durch einfachen Staatsratsbeschluß werden geschlossen: die freien Schulen, deren Unterricht im Vergleiche zu dem Lehrplan der Volksschule unzureichend ist; diejenigen, deren Unterricht gegen die Liebe zum Vaterland und gegen Religion oder gute Sitten verstößt; diejenigen, die zu viel ungerechtfertigte Schulverfäumnisse aufweisen, und endlich diejenigen, deren Leitung oder Schulausschuß den Vorschriften des Gesetzes nicht nachkommen.

## VII. Kapitel

### Fortbildungsschule

Art. 39. — In den Gemeinden, wo mehrere Schulen bestehen, sind diese, unter Vorbehalt der Genehmigung des Inspektors, so einzurichten, daß die Schüler der gleichen Bildungsstufe und des gleichen Alters vereinigt werden.

Art. 40. — In Dörfern, wo die Zahl der Fortbildungsschüler nicht mehr als 4 beträgt, kann der Inspektor den Lehrer ermächtigen, diese in der Volksschule zu unterrichten. Immerhin aber soll das Unterrichtsprogramm für dieselben dem der Fortbildungsschule entsprechen.

Art. 41. — An Sonn- und Feiertagen ist die Abhaltung der Fortbildungsschule während des vormittägigen Pfarrgottesdienstes und während der nachmittägigen Vesper untersagt. Eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes soll die Schule beendigt sein.

Art. 42. — Der Gemeinderat läßt alljährlich vor dem 15. November ein Verzeichniß anfertigen aller in der Gemeinde wohnhaften Knaben, Schweizer und Ausländer, die laut Art. 59 des

Gesetzes zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet sind.

Dieses Verzeichnis ist spätestens acht Tage vor der Eröffnung der Schule dem Präsidenten des Schulausschusses zuzustellen.

Art. 43. — Vom Besuche der Fortbildungsschule sind die Zöglinge höherer Erziehungsanstalten enthoben.

Art. 44. — Nicht enthoben sind die Schüler, die eine Berufsschule besuchen, in der die im Programm der Fortbildungsschulen vorgesehenen Fächer nicht gelehrt werden.

Art. 45. — Wendet ein Fortbildungsschüler seinen Wohnsitz, so haben seine Eltern oder sein Vormund, unter der im Art. 71 des Gesetzes vorgesehenen Buße, den Schulausschuß davon zu benachrichtigen.

Der Schulausschuß bringt diese Wohnortsänderung sofort dem Inspektor und dieser dem Erziehungsamte zur Kenntnis.

Art. 46. — Die Eröffnung der Fortbildungsschulen wird durch öffentlichen Ausruf bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung gilt als persön-

liche Benachrichtigung. Die Nichterscheinenden werden mit der gesetzlichen Buße belegt.

Art. 47. — Die Schulbüchlein der Fortbildungsschüler sind beim Schulausschusse hinterlegt oder dem Lehrer zur Verwahrung übergeben.

Art. 48. — Die Gemeindeverwaltungen können den Pfarrer oder Pfarrverweser mit der Erteilung des Religionsunterrichtes betrauen.

Art. 49. — In der Regel gibt der Lehrer den Schülern schriftliche und mündliche Hausaufgaben. Dabei hat er sich aber vor Uebertreibung zu hüten.

Art. 50. — Alljährlich hält der Inspektor eine Prüfung ab, die den Schülern zum voraus anzukünden ist. Sie haben sich zu derselben zu stellen unter der im Art. 69 des Gesetzes vorgesehenen Buße.

Art. 51. — Bei der Prüfung ist das Schulbüchlein eines jeden Schülers dem Inspektor zu unterbreiten.

Art. 52. — Zur Abnahme der Prüfung kann der Inspektor mehrere Fortbildungsschulen in einem und demselben Zimmer versammeln. Ebenso kann er auch an einem und demselben Ort für die Schüler von zwei oder mehrern benachbarten



und wenig volkreichen Gemeinden die Prüfung abhalten. Für diesen Fall hat er die Ermächtigung des Erziehungsamtes einzuholen.

Art. 53. — Zur Rechtfertigung der Schulversäumnisse bedarf es sehr triftiger Gründe. Das Urtheil hierüber steht dem Präsidenten des Schulausschusses zu.

Art. 54. — Zu spätes Eintreffen in der Schule ist Grund zu Zurückweisung und zu Ausfällung von Buße.

Schüler, die sich in unreinlichem oder wenig anständigem Zustande befinden, sind nach Hause zu schicken, damit sie sich innert einer bestimmten Zeit gehörig in Stand setzen. Diejenigen, die nicht innert dieser Frist in die Schule zurückkehren, werden als abwesend betrachtet und dementsprechend gestraft.

Art. 55. — Bleibt ein Schüler von drei aufeinander folgenden Unterrichten weg, so ist er sofort dem Schulinspektor anzuzeigen, der über ihn die im Art. 69 des Gesetzes vorgesehene Buße verhängt, wenn dies nicht schon durch den Schulausschuß geschehen ist.

Art. 56. — Jede während des Unterrichtes

vorkommende schwere Auflehnung oder Gehorsamsverweigerung wird strengstens bestraft.

Jede Ruhestörung beim Eintritt in die Schule oder beim Verlassen derselben oder überhaupt anläßlich der Schule, sei es in- oder außerhalb des Schulzimmers, wird nötigenfalls mit der im Art. 69 des Gesetzes vorgesehenen Haft- oder Geldstrafe geahndet.

Art. 57. — Die Verhaftung der fehlbaren Schüler erfolgt durch die Ortspolizei. Bei schwereren Fällen kann der Präsident des Schulausschusses die Hülfe des in der Ortschaft oder in der Nachbarschaft angestellten Landjägers in Anspruch nehmen.

Art. 58. — Die Kosten der Vorladung, der Verhaftung und des Unterhaltes der fehlbaren Schüler sind von diesen selbst oder von deren gesetzlichen Vertretern zu tragen.

Art. 59. — Die Gemeinde muß für ein passendes Lokal für die mit Haft bestraften Schüler sorgen. Wenn sie ein solches nicht besitzt, sind die Schüler auf Verlangen des Inspektors und auf Kosten der Gemeinde in das Haftlokal des Bezirkshauptortes überzuführen. Die hiedurch verursachten Kosten muß der fehlbare Schüler tragen.

## VIII. Kapitel.

### Rekruten-Vorbereitungsschule.

Art. 60. — Die Rekruten besuchen eine eigene Vorbereitungsschule und legen vor der eidgenössischen Rekrutenprüfung eine Vorprüfung ab. Der Schulausschuß bestraft jedes ungerchtfertigte Wegbleiben von dieser Prüfung mit einer Buße von 5—10 Fr.

Art. 61. — Die Schüler, die höhere Studien gemacht haben, sind ebenfalls gehalten, an der im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Prüfung teilzunehmen. Die, die bei dieser Prüfung in allen Fächern die 1. Note erlangt haben, sind vom Besuche der weitem Unterrichtsstunden enthoben.

Art. 62. — Die Schule ist der Aufsicht des Orts-Schulausschusses und des Chefs der Militärsektion, zu der die Gemeinde gehört, unterstellt.

Art. 63. — Verstöße gegen die Disziplin beim Betreten oder Verlassen der Schule oder während der Dauer derselben werden sofort dem Sektionschef überwiesen.

Art. 64. — Die über die Rekrutenschüler verhängten Haftstrafen sind in der Regel am Bezirks-

hauptide abzubüßen. Die durch die Haftstrafen veranlaßten Kosten sind von dem Fehlbaren oder von dessen gesetzlichem Vertreter zu tragen.

Art. 65. — Die in den Art. 67, 69, 70, 71, 72 und 74 des Gesetzes vorgesehenen Strafbestimmungen sind auf die Fortbildungs- und Rekruten-Vorbereitungsschulen anwendbar.

Auf diese Schulen finden, mit den dem Alter der Schüler entsprechenden Aenderungen, ebenso die Art. 57, 58 und 59 des Reglementes Anwendung. In der Regel sind die Artikel über die Ergänzungsschulen auf die Rekruten-Vorbereitungsschulen anwendbar, mit den dem Programme und dem Alter der Rekrutenschüler entsprechenden Aenderungen.

## IX. Kapitel.

### Kontrolle.

Art. 66. — Die Kontrolle über die Schulen wird durch die in den Artikeln 15, 16, 17 und 18 des Gesetzes vorgesehenen Register, Verzeichnisse und Schulbüchlein ausgeübt.

Art. 67. — Die Lehrerschaft trägt in das Schulbüchlein den Vor- und Geschlechtsnamen und das Alter des Schülers, das Datum seines Eintrittes und die erhaltenen Noten ein.

Art. 68. — Am Schluß des Schuljahres gibt der Ausschuß den Schülern Kenntniß von den Noten, die sie verdient haben, zieht die Schulbüchlein wieder ein und verwahrt sie bis zur Wiedereröffnung des Schuljahres.

Art. 69. — Im Falle einer Wohnortsänderung hat der Lehrer das Schulbüchlein dem Präsidenten des Schulausschusses zuzustellen, der es innert acht Tagen dem Präsidenten des Schulausschusses der neuen Wohnortsgemeinde des Schülers übermacht.

Ist der neue Wohnsitz nicht bekannt, oder begibt sich der Schüler außerhalb des Kantons, so hat der Präsident des Schulausschusses das Schulbüchlein innerhalb acht Tage dem Inspektor oder dem Erziehungsamt zu übermitteln.

Bei einem vorübergehenden Wegzuge wird die Behörde des neuen Wohnsitzes des Schülers benachrichtigt. Nach der Rückkehr des Schülers hat der Schulausschuß des vorübergehenden Aufenthaltsortes dem des gewöhnlichen Wohnsitzes das Verzeichnis der Noten und Schulversäumnisse des Jahres zuzustellen.

Die Eltern des Schülers sind unter der im Art. 71 des Gesetzes vorgesehenen Buße gehalten, innert acht Tagen den Wohnsitzwechsel ihrer Kin-

der anzuzeigen. Diese Buße wird vom Inspektor ausgesprochen.

Art. 70. — Der Schulausschuß der gewöhnlichen Wohnortsgemeinde eines Schülers übermittelt dessen Schulbüchlein der von diesem besuchten Anstalt. Beim Wegzug des Schülers hat die Anstalt das Büchlein zurückzusenden.

Art. 71. — Anläßlich der Refrutenprüfung händigt der Schulausschuß dem Schüler das Schulbüchlein aus, das dieser der eidgenössischen Prüfungskommission unterbreitet, und nachdem das Erziehungsamt die Eintragung des Ergebnisses der pädagogischen Prüfung besorgt hat, wieder an sich nimmt, um es sorgfältig aufzubewahren.

Art. 72. — Die Eltern oder deren Stellvertreter sind unter der im Art. 71 des Gesetzes vorgesehenen Buße gehalten, die Schulbüchlein zu unterzeichnen.

Art. 73. — Zöglinge, die es sich herausnehmen, die Noten des Schulbüchleins oder des Korrespondenzheftes auszustreichen oder abzuändern, es selbst zu unterzeichnen oder durch jemand anders als die im vorhergehenden Artikel genannten Personen unterzeichnen zu lassen, werden nach Art. 69 des Gesetzes bestraft.

Art. 74. — Weder der Lehrer noch die Eltern oder deren Stellvertreter dürfen im Schulbüchlein Bemerkungen anbringen.

Art. 75. — Der Schulausschuß hat ein Register zu führen, in das der Lehrer den Vor- und Geschlechtsnamen und das Alter der schulpflichtigen Kinder, die Gesamtzahl der gerechtfertigten Schulversäumnisse und die Jahresnoten der Volks- und Fortbildungsschule einträgt. Der Präsident des Schulausschusses trägt in dieses Register die Noten der Entlassungs- und der Rekrutenprüfung ein.

Jedes verloren gegangene oder beschädigte Büchlein wird vom Lehrer sofort durch ein neues ersetzt. Der Lehrer kann dafür vom fehlbaren Schüler einen Franken beziehen.

## X. Kapitel.

Disziplin. — Urlaubsbewilligungen.  
— Abndung der Schulversäumnisse. —  
Strafen.

Art. 76. — In den Schulen mit einer Dauer von 6 bis 7 Monaten wird jede Woche ein halber Tag frei gegeben. In den Schulen von 8 Monaten beträgt dieser wöchentliche Urlaub einen Tag oder zwei halbe Tage.

Art. 77. — Der im vorhergehenden Artikel vorgesehene Urlaub entfällt auf den Donnerstag.

Von dieser Regel kann nur mit Ermächtigung des Schulinspektors abgewichen werden.

Der auf zwei halbe Tage verteilte Urlaub ist auf den Nachmittag des Dienstags und des Donnerstags festgesetzt.

Art. 78. — Ein Lehrer, der sowohl die Volksschule als die Fortbildungsschule hält, ist wöchentlich zu einem halbtägigen Urlaub berechtigt.

Art. 79. — Für die Schulen mit einer Dauer von sechs Monaten zählt ein auf einen Schultag fallender Feiertag in der Regel als halbtägiger Urlaub.

Art. 80. — Den Zöglingen der Schulen mit einer Dauer von wenigstens 7 Monaten wird überdies ein Frühjahrs-Urlaub von sechs Tagen bewilligt. Unter Mitteilung an den Schulinspektor und mit dessen Genehmigung wird dieser Urlaub vom Schulausschusse festgesetzt.

Jede vom Präsidenten des Schulausschusses mit Datum und Unterschrift versehene Urlaubsbewilligung kann der Lehrer als gerechtfertigt ansehen.



Wegen Schulversäumnisses sind auch jene Kinder aufzuzeichnen, die eine Verspätung von 20 Minuten nicht rechtfertigen können, sowie die, die wegen Unreinlichkeit heimgeschickt werden und länger als eine halbe Stunde wegbleiben.

Art. 81. — Eines Schulversäumnisses machen sich die Kinder nicht schuldig, die mit Zustimmung der Eltern zu Kultuszwecken verwendet werden.

Die Schüler katholischer Konfession wohnen dem sonn- und feiertägigen Gottesdienste bei. In der Regel und sofern die Eltern nicht Einsprache beim Schulausschusse erheben, nehmen sie auch an den öffentlichen und allgemeinen gottesdienstlichen Feiern, wie Bittgänge, geistliche Uebungen, Missionen u. s. w., teil.

Art. 82. — Als ihre erzieherische Pflicht schwer vernachlässigend gelten und werden mit der im Art. 71 des Gesetzes vorgesehenen Buße belegt die Eltern und andere verantwortliche Personen (Vormünder, Lehrmeister), deren Kinder oder Schutzbefohlene für die Volksschule monatlich zehn und für die Fortbildungsschule drei ungerechtfertigte Schulversäumnisse aufzuweisen haben.

Art. 83. — Als die Erziehung und den Unterricht der ihrer Obforge unterstellten Kinder schwer

hemmend gelten und werden mit der im Art. 71 des Gesetzes vorgesehenen Buße belegt die Eltern und andere verantwortliche Personen, die sich dagegen sträuben, daß die Kinder die ihnen vernünftigerweise auferlegten Aufgaben verrichten, die ihnen gegebenen Lektionen lernen und sich den über sie verhängten Strafen unterziehen.

Art. 84. — Jede den Schulbehörden, Schulinspektoren, Regierungskommissären und Lehrern in der Ausübung oder aus Anlaß ihres Amtes oder Berufes zugefügte Beleidigung ist straffällig. (Art. 70 des Gesetzes.)

Art. 85. — Gemeindebehörden, die den Bezug der für Schulversäumnisse ausgesprochenen Bußen vernachlässigen, werden mit der im Art. 75 des Gesetzes vorgesehenen Geldbuße bestraft.

Art. 86. — Der Betrag der Bußen soll in der jährlichen Verwaltungsrechnung aufgeführt werden.

Art. 87. — Der Schulinspektor ist befugt, zu diesem Zwecke Einsicht in die Gemeinderechnung zu verlangen. Die Verweigerung eines solchen Begehrens wird mit der im Beschlusse vom 20. Februar 1891 vorgesehenen Geldbuße bestraft.

Art. 88. — Die Schulbußen werden vom Gemeindecinnehmer eingezogen. In Fällen schwerer Nachlässigkeit von seiten der Gemeindebehörde darf der Schulinspektor den Bezug der Bußen, gegen Ueberlassung der von den Fehlbaren zu bezahlenden Provision, dem Bezirkseinnehmer übergeben.

Art. 89. — Die Strafen in der Schule sind nach rechtem und ruhigem Urtheil aufzuerlegen, wobei der Lehrer Rücksicht nimmt auf das Alter und den Charakter des Kindes, sowie auf die Schwere des Fehlers. Einmal ausgesprochen, muß die Strafe unter allen Umständen vollzogen werden.

Art. 90. — In der Regel kommen folgende Strafmittel zur Anwendung :

1. der öffentliche oder private Verweis ;
2. die schlechten Noten ;
3. die Absonderung im Schulzimmer selbst ;
4. das Nachsitzen nach Schluß der Schule. Diese Buße soll in der Regel nicht über eine Stunde dauern ;
5. die Haft in einem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Lokal. Die Verhaftung erfolgt auf Grund eines schriftlichen Befehls des Präsidenten des Schulausschusses durch einen Poli-

zisten der Gemeinde. Es ist dafür zu sorgen, daß die Gesundheit des Kindes keinen Schaden nehme und ihm hinreichende Nahrung geboten werde.

Diese Strafe findet Anwendung bei anhaltender Trägheit des Schülers, oder wenn er, ohne sich gerade förmlich aufzulehnen, doch sich grob und frech benimmt ;

6. der zeitweilige Ausschluß. Dieser kommt zur Anwendung bei förmlicher Auslehnung. Der Lehrer hat den Schulausschuß und die Eltern des Schülers davon unverzüglich in Kenntniß zu setzen.

In diesem Falle darf der Schüler die Schule nicht mehr betreten, es sei denn, er habe sich unterworfen, und es liege eine schriftliche Ermächtigung des Präsidenten des Schulausschusses vor.

Die Zeit von der Ausweisung bis zur Wiedenzulassung ist als ungerechtfertigtes Schulversäumnis zu betrachten und als solches einzutragen.

Hat der Schüler nicht nach 8 Tagen seit seiner Ausweisung Abbitte geleistet, so wird er nach Art. 69, Absatz 3, des Gesetzes bestraft.

Die Kosten, die durch diese und die unter Ziffer 5 dieses Artikels vorgesehene Haft verursacht werden, sind von den Eltern oder von den gesetzlichen Vertretern des Schülers zu tragen.

Art. 91. — In besonders schweren Fällen ist die Dazwischenkunft des Schulausschusses anzurufen, der bei Unzulänglichkeit der im Art. 69 des Gesetzes vorgesehenen Maßregeln den Schulinspektor benachrichtigt.

Art. 92. — Während des Schuljahres sind die im Art. 90 des Reglementes vorgesehenen Bußen auch auf Schüler anwendbar, die außerhalb der Unterrichtsstunden und des Schulzimmers sich Verstöße gegen Sittlichkeit und Anstand zu Schulden kommen lassen.

Es ist den Zöglingen der Volksschulen strengstens untersagt, Wirtschäften zu besuchen oder ohne Ermächtigung des Schulausschusses irgendwelchen Vereinen oder Gesellschaften als Mitglied beizutreten. Auf Zuwiederhandelnde ist der Art. 69 des Gesetzes anwendbar.

Unter Androhung der gleichen Strafe ist den Schülern der Volksschulen ebenso untersagt, ohne Begleitung ihrer Eltern oder Lehrer kinematographische oder andere derartige Darstellungen zu besuchen.

Art. 93. — Rückfällige Verstöße gegen die Sittlichkeit sind sofort dem Inspektor zur Kenntnis zu bringen.

Art. 94. — Reichen die im Gesetze vorgesehenen Strafmittel nicht aus, um einen Schüler auf den Weg der Pflicht zurückzubringen, so hat der Schulausschuß oder der Inspektor das Erziehungsamt zu benachrichtigen.

Art. 95. — Jede Strafe, Buße oder Haft, gegen die das Gesetz den Rekurs offen läßt, muß den Eltern oder dem gesetzlichen Vertreter des Straffälligen spätestens 6 Tage vor Vollziehung der Strafe mitgeteilt werden.

Art. 96. — Die Behörde, gegen deren Urteil Rekurs erhoben wird, kann bis zu dessen Erledigung den Strafvollzug verschieben.

Art. 97. — In der Regel werden die vom Schulinspektor auferlegten Strafen in das im Art. 75 vorgesehene Register eingetragen.

## XI. Kapitel.

### Prüfungen. — Beförderung.

#### Entlassung.

Art. 98. — Um sich zu vergewissern, daß die Schüler einen genügenden Unterricht erhalten, kann sie der Schulausschuß, so oft er es für angezeigt hält, einer Prüfung unterziehen.

Art. 99. — Gegen Ende des Schuljahres nimmt der Schulausschuß den Schülern der verschiedenen Klassen eine Prüfung ab in Gegenwart des Gemeinderates oder einer Abordnung dieser Behörde. Der Prüfungstag ist dem Lehrer, der Gemeindebehörde und dem Schulinspektor rechtzeitig anzuzeigen.

Art. 100. — In Gemeinden, die eine große Anzahl Klassen besitzen, hat der Schulausschuß die Schlußprüfungen so anzuordnen, daß die Mehrzahl seiner Mitglieder ihnen beiwohnen kann.

Art. 101. — Der Schulausschuß kann mit Einwilligung des Gemeinderates den Schülern nach ihrem Verdienst Preise zuerkennen.

Das Verdienst wird bestimmt nach den während des Schuljahres sowohl für den eigentlichen Unterricht als für die Erziehung (Frömmigkeit, Disziplin, Anstand, Reinlichkeit, Pünktlichkeit) erlangten Noten.

Die Speziallehrer haben dem Klassenlehrer an dem vom Schulausschusse bestimmten Zeitpunkte die jährlichen Arbeitsnoten für ihre Lehrfächer und ihre Bemerkungen über das Betragen der Schüler zu übermitteln.

Art. 102. — Die Beförderung von einer

Schule in eine höhere erfolgt in der ersten Woche nach der Eröffnung des Schuljahres und auf Grund einer vor dem Schulausschusse bestandenen Prüfung.

Art. 103. — Für die Beförderung kommen in Anschlag :

a) die am Schlusse des vorhergehenden Schuljahres für Unterricht und Erziehung erhaltenen Noten ;

b) die bei der Beförderungs-Prüfung erzielten Erfolge ;

c) das Alter der Schüler.

(Die Noten für Turnen, Gesang, Näharbeit oder jedes andere vom Erziehungsamte bezeichnete Fach fallen für die Beförderung nicht in Betracht.)

Art. 104. — Die Entlassungsprüfungen werden gegen Ende des Schuljahres von einem Ausschusse abgenommen, der aus einem Vertreter des Erziehungsamtes, dem Kreisinspektor und einem von diesem in seiner Eigenschaft als Präsident des Ausschusses bezeichneten Inspektor eines Nachbarkreises besteht.

Art. 105. — Die Entlassungsprüfungen haben unter Buße von 5 bis 10 Fr. die Knaben zu



bestehen, die am 31. Dezember des Jahres das fünfzehnte Altersjahr erfüllt haben.

Art. 106. — Die Entlassungsprüfung erstreckt sich auf alle im Lehrplan für die Schüler des letzten Jahres vorgesehenen Fächer und namentlich auf :

1. Lesen,
2. Muttersprache,
3. Schriftliches und mündliches Rechnen,
4. Religion,
5. Geschichte und Geographie,
6. Turnen.

Art. 107. — Die Entlassungsprüfung zerfällt in einen schriftlichen und in einen mündlichen Teil.

Im schriftlichen Teil hat der Schüler : 1. in Form eines Briefes oder einer Erzählung einen vom Präsidenten des Ausschusses gewählten Gegenstand zu behandeln ; 2. eine Serie von 4 ungleich schwierigen und abgestuften Rechnungsaufgaben zu lösen.

Art. 108. — Bei der Beurteilung des Aufsatzes sind sowohl Rechtschreibung und Schönschrift als die Gedanken und deren Entwicklung zu berücksichtigen ;

das Wiedererzählen tritt in der Note für das Lesen mit der Hälfte ein;

schriftliches Rechnen und Kopfrechnen bilden eine einzige Note;

Religion, Geschichte, Geographie und die übrigen mündlichen Fächer erhalten je eine eigene Note.

Art. 109. — Das Ergebnis der Prüfung wird durch folgende Noten dargestellt :

- 1 gleich sehr gut.
- 2 " gut.
- 3 " genügend.
- 4 " schlecht.
- 5 " sehr schlecht.

Art. 110. — Der Schule enthoben wird jeder Schüler der am 31. Dezember sein fünfzehntes Altersjahr zurückgelegt hat und bei der Entlassungsprüfung durchschnittlich die Note 2 d. h. nicht mehr als 8 Punkte für sämtliche vier Fächer — Lesen, Aufsatz, Rechnen, Geschichte und Geographie — erhält.

Nicht entlassen wird ein Schüler, wenn er bei der schriftlichen Prüfung in mehr als einem Fache die Note 3 erhält.

Art. 111. — Der Vertreter des Erziehungs-

amtes übermittelt diesem das Prüfungsergebnis eines jeden Schülers. Das Departement hinwieder teilt dasselbe dem Schulinspektor mit.

Art. 112. — Die Noten werden in das Schulbüchlein eingetragen und vom Gemeindepräsidenten bekannt gemacht.

## XII. Kapitel

### Lehrerschaft

#### A. Ernennung

Art. 113. — Die Lehrerschaft der Volks- und Kleinkinderschulen, sowie die mit der Leitung der Spezialkurse, der Fortbildungs- und Rekruten-Vorbereitungsschulen betrauten Lehrer werden auf einen Vorschlag des Schulausschusses vom Gemeinderate ernannt.

Art. 114. — Bei der Wahl der Lehrerschaft hat der Schulausschuß Rücksicht zu nehmen :

- a) auf die Art des Lehrpatentes der Bewerber ;
- b) auf die übrige von den Bewerbern aufgewiesene moralische Gewähr hinsichtlich Erziehung und Bildung ;
- c) auf die der Gemeinde erwachsenden materiellen Vorteile.

In der Regel erhalten Inhaber des Fähigkeitszeugnisses den Vorzug.

Art. 115. — In seinem Vorschlag bezeichnet der Schulausschuß die Schule, für die er den betreffenden Lehrer empfiehlt.

Art. 116. — Jeder Lehrer, der sich vor dem 1. Juli anmeldet, kann vom Präsidenten des Schulausschusses verlangen, daß sein Name auf die dem Ausschuß zu unterbreitende Bewerberliste gesetzt werde. Bei Nichtbeachtung dieses Artikels steht das Rekursrecht an das Erziehungsamt offen.

Art. 117. — Der Schulausschuß hat den Bewerbern seinen Entscheid, soweit er sie betrifft, innert drei Tagen zur Kenntniz zu bringen.

Art. 118. — Der Schulausschuß schlägt die von ihm ausgewählten Bewerber spätestens bis zum 15. August dem Gemeinderate schriftlich zur Ernennung vor.

Art. 119. — In der Regel ernennt der Gemeinderat die ihm vom Schulausschusse vorgeschlagenen Lehrer und weist ihnen die Schulen zu, für die der Ausschuß sie vorgeschlagen hat.

Art. 120. — Der Gemeinderat hat die von ihm getroffene Wahl spätestens drei Tage vor der Unterbreitung an das Erziehungsamt dem Präsidenten des Schulausschusses mitzuteilen, damit eintretenden Falls Rekurs erhoben werden kann.

Art. 121. — Der Gemeinderat soll die Ernennung sämtlicher Lehrerschaft vor dem 1. September dem Erziehungsamte zur Genehmigung unterbreiten.

Art. 122. — Werden die von den Gemeinden vorgeschlagenen Lehrer nicht als geeignet befunden oder weigern sich dieselben, die ihnen angewiesene Stelle zu beziehen, so ernennt das Erziehungsamt von sich aus die Lehrer.

Art. 123. — Die Lehrer sind gehalten, den ihnen vom Erziehungsamt angewiesenen Posten zu beziehen.

Sind sie jedoch dadurch gezwungen, sich außerhalb der Familie zu beköstigen, so dürfen sie die Anstellung ablehnen, es sei denn, die Gemeinde, der sie ihre Dienste leisten, sichere ihnen eine entsprechende Barvergütung zu.

Art. 124. — Hat der Lehrer während der Schulzeit als Unteroffizier oder Offizier Militär-

dienst zu machen, so ist die Gemeinde gehalten, für einen Stellvertreter zu sorgen, dessen Genehmigung dem Erziehungsamte unterliegt. Der Lehrer bezieht gleichwohl sein volles Gehalt. Der stellvertretende Lehrer wird zu drei Viertel vom Bund und zu einem Viertel von der Gemeinde besoldet.

Art. 125. — Lehrer, die nicht während der im Art. 121 des Gesetzes vorgeschriebenen acht Jahre lehramtlich tätig sind, haben dem Staate nebst Pensionskosten (Art. 121 des Gesetzes) für jedes nicht ihrem Berufe gewidmete Jahr als Entschädigung für Unterrichtskosten 20 Franken zu vergüten.

Erteilt ein Lehrer, ohne durch Krankheit entschuldigt zu sein, während fünf aufeinanderfolgender Jahre keinen Unterricht, so wird angenommen, er habe das Lehrfach endgültig aufgegeben, und es trifft auf ihn der Art. 85 des Gesetzes zu.

Ein Lehramtsbewerber, der, abgesehen von Fällen, wo triftige Krankheits- oder Unfähigkeitsgründe vorliegen, vor Erlangung der Lehrermächtigung die Normalschule verläßt oder aus derselben ausgestoßen wird, muß nebst der Rücker-

stattung der bezogenen Pensionsbeiträge für jedes in der Anstalt zugebrachte Schuljahr eine Entschädigung von 50 Franken bezahlen.

## B. Pflichten und Amtsbefugnisse

Art. 126. — Durchdrungen von der Erhabenheit und Schönheit ihrer Aufgabe, soll die Lehrerschaft durch ein musterhaftes Betragen, sowohl in den Ferien als während der Schulzeit, den Schülern die Grundsätze der Höflichkeit, die Achtung der Religion und der geistlichen und weltlichen Behörden, sowie Liebe zu Vaterland und Familie einzuflößen suchen.

In Anwendung des Art. 42 des Gesetzes hat der Lehrer :

- a) spätestens 10 Minuten vor der Schuleröffnung ein Glockenzeichen zu geben oder geben zu lassen ;
- b) zu Beginn und Schluß der Schule ein Gebet vorzusprechen oder vorsprechen zu lassen ;
- c) die Kinder auf den Stand ihrer Reinlichkeit zu untersuchen und die, die in dieser Beziehung nicht in Ordnung sind, sowie die, die mit einem Ausschlage oder einer ansteckenden Krankheit behaftet wären, nach Hause zu schicken ;

d) den vorgeschriebenen Stundenplan einzuhalten und die Register und Schulbüchlein fortzuführen ;

e) die Schüler abzurufen, die Schulversäumnisse zu verzeichnen und dafür zu sorgen, daß die Schüler beständig beschäftigt sind ;

f) die Schüler während der Erholungszeit, und soweit als möglich, auch außer der Schule, sowie während des Gottesdienstes zu überwachen ;

g) über die Reinlichkeit und den guten Unterhalt des Schulzimmers und seiner Wohnung zu wachen ;

h) eine strenge Kontrolle auszuüben über die im Besitze der Schüler befindlichen und nicht zur Schule gehörenden Bücher und sonstigen Gegenstände ;

i) für Ordnung beim Verlassen des Schulzimmers zu sorgen. In den gemischten Klassen sind die Mädchen wenigstens fünf Minuten vor den Knaben zu entlassen.

Es ist ihm untersagt :

1. während der Unterrichtsstunden zu rauchen, Zeitungen zu lesen oder sich mit etwas zu beschäftigen, das nicht zur Schule gehört ;

2. die Kinder zu Arbeiten zu verwenden, die der Schule fremd sind ;



3. die Schüler zu mißhandeln;

4. ohne Erlaubnis des Präsidenten des Schulausschusses mit den Kindern an Schultagen Ausflüge zu machen;

5. ohne Ermächtigung des genannten Präsidenten einen Urlaub zu nehmen. Dauert dieser länger als zwei Tage, so muß die Ermächtigung überdies vom Schulinspektor genehmigt werden;

6. Schüler ohne Ermächtigung des Schulausschusses aufzunehmen oder endgültig wegzumweisen;

7. Anspielungen auf das öffentliche oder das Privatleben der Eltern der Schüler zu machen oder gegen dieselben Beleidigungen oder Grobheiten auszustößen.

Art. 127. — Der Lehrer hat keine direkt von der Gemeindebehörde oder von den Eltern ausgehende Bemerkungen oder Befehle entgegenzunehmen; einzig der Schulausschuß oder die Schulbehörden sind befugt, ihm Weisungen oder Befehle oder Rügen zu erteilen.

Art 128. — Der Lehrer kann verlangen, daß der Schulausschuß ihm seine Befehle schriftlich erteile. Er hat dies durchaus zu fordern, wenn es sich um ein auf den ausdrücklichen Wunsch der

Eltern erlassenes Verbot handelt, gewissen Kindern Religionsunterricht zu erteilen.

Art. 129. — Anstände zwischen den Lehrern, sowie solche zwischen der Lehrerschaft und dem Schulausschusse oder der Gemeinde werden, unter Vorbehalt des Rekurses an das Erziehungsamt, durch den Schulinspektor entschieden.

Art. 130. — Die Artikel 126 bis 129 sind auf die Lehrer der Kleinkinder- und Volksschulen sowie auf diejenigen anwendbar, die Fortbildungs- und Wiederholungsschulen leiten.

### C. Konferenzen

Art. 131. — Alle Lehrer ohne Ausnahme treten einmal im Jahre zu einer Kreiskonferenz zusammen.

Diese Versammlungen werden vom Schulinspektor einberufen, der den Ort und den Tag bestimmt, die Tagesordnung festsetzt und spätestens vierzehn Tage vorher die Lehrer davon in Kenntnis setzt. Der Inspektor führt den Vorsitz.

Art. 132. — Mit Ermächtigung des Erziehungsamtes können die im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Kreiskonferenzen durch eine allgemeine

Versammlung der Lehrerschaft jeder der beiden Landessprachen ersetzt werden, an der ein vom Erziehungsamte genehmigtes pädagogisches Thema behandelt wird.

Art. 133. — Die Speziallehrer sind von der Teilnahme an dieser Konferenz enthoben.

Art. 134. — Lehrer, die auch nur eine Fortbildungsschule leiten, sind verpflichtet, an den Konferenzen teilzunehmen.

Art. 135. — Das Thema, das die Lehrer in der Konferenz schriftlich und mündlich behandeln sollen, wird vom kantonalen Ausschuss für den Volksunterricht gewählt und vom Erziehungsamte den Beteiligten bekannt gemacht.

Art. 136. — Die Versammlung wählt jedes Jahr in ihrer ersten Sitzung ihren Vizepräsidenten und ihren Sekretär.

Sie führt ein Protokoll, in welches die Verhandlungen eingetragen werden.

Art. 137. — Die Versammlung arbeitet ein Reglement aus, das der Präsident dem Erziehungsamt zur Genehmigung unterbreitet.

Art. 138. — In der Regel ist die Verlesung und die Erörterung der im Art. 135 vorge-

schriebenen Arbeit an die Spitze der Tagesordnung zu setzen.

Art. 139. — Der als Sekretär amtende Lehrer hat den Bericht an das Erziehungsamt zu besorgen.

Art. 140. — Lehrer, die ohne hinreichenden Grund von der Konferenz weggeblieben sind, werden im Bericht an das Erziehungsamt angegeben und mit der vom Konferenzreglement vorgesehenen Buße, die sich mindestens auf 2 Fr. belaufen muß, belegt.

Lehrer, die die vorgeschriebene schriftliche Arbeit nicht vorlegen oder nicht einsenden, müssen eine Buße von wenigstens 2 Fr. bezahlen.

Art. 141. — Die in den vorhergehenden Artikeln vorgesehenen Bußen fließen der Konferenzkasse zu.

### XIII. Kapitel

#### Schulausschuß

Art. 142. — Bei der Wahl des Schulausschusses wird folgendermaßen vorgegangen :

Der Gemeinderat trifft seine Wahl unter Berücksichtigung der Fähigkeiten und sittlichen Eigenschaften der Bewerber und teilt sie durch den

Schulinspektor, der gleichzeitig sein Gutachten abgibt, innert drei Tagen dem Erziehungsamte zur Genehmigung mit.

Der bisherige Ausschuss waltet bis zum Amtsantritt des neuen Ausschusses.

Dieser tritt nach erfolgter Genehmigung durch das Erziehungsamt zusammen.

Art. 143. — Die Amtsbefugnisse und Obliegenheiten des Schulausschusses sind :

a) Er versammelt sich in der ersten Hälfte August, um das Schulhaus zu besichtigen, die Ergänzung und Ausbesserung des Schulmaterials anzuordnen, die Liste der Bewerber für die Lehrermahl aufzustellen und das Verzeichnis der schulpflichtigen Kinder anzufertigen. Dieses Verzeichnis soll vor der Eröffnung des Schuljahres der Lehrerschaft zugestellt werden.

b) Er besucht die Schule in den ersten Tagen nach der Eröffnung, um im Einverständnis mit der Lehrerschaft die Beförderung und Versetzung der Schüler vorzunehmen.

c) Er besucht allmonatlich die Schulen, wohnt dem Unterrichte bei, prüft die Heizungsverhältnisse, die Instandhaltung des Schulzimmers, die Auf-

bewahrung der zum Unterrichte bestimmten Gegenstände, sowie das Schulmaterial der Kinder.

d) Er arbeitet, wenn die Ortsverhältnisse es erfordern, ein vom Erziehungsamte zu genehmigendes Spezialreglement aus.

e) Er hält alljährlich die in den Art. 98 und 99 des Reglementes vorgesehenen Prüfungen ab. Die Prüfung am Schluß des Schuljahres ist öffentlich.

f) Er untersucht die Anstände zwischen dem Lehrer und den Eltern oder Vertretern der Schüler und sucht dieselben auf gütlichem Wege beizulegen.

Art. 144. — Schwerere Fälle sind dem Schulinspektor zu unterbreiten. Dieser kann eine schriftliche Eingabe verlangen.

Art. 145. — Hat der Schulausschuß oder ein Mitglied desselben dem Lehrer Bemerkungen zu machen, sei es über sein persönliches Betragen oder über die Art und Weise den Unterricht zu erteilen, so sind ihm dieselben im besondern zu eröffnen. Der Schulausschuß hat sich vor allem zu hüten, was der Achtung und dem Ansehen des Lehrers Eintrag tun könnte.

Art. 146. — Die Mitglieder des Schulausschusses, der Pfarrverweser inbegriffen, erhalten für ihre Mühewaltung die gleiche Vergütung wie die der andern Gemeindeausschüsse.

Art. 147. — Der Schulausschuß prüft die Klagen, die ihm vom Lehrer gegen seine Schüler oder ihre Eltern und Vormünder und von diesen gegen den Lehrer zugehen. Er hört die Parteien an, macht die notwendigen Erhebungen und Nachforschungen und ist bestrebt, die Anstände gütlich beizulegen.

Der Ausschuß bringt alle schweren Fälle zur Kenntniß des Schulinspektors.

Art. 148. — Der Schulausschuß kann verlangen, daß der Lehrer schwere Klagen und Beschwerden, die er gegen die Schüler und ihre Eltern oder andere Personen erheben zu müssen glaubt, ihm schriftlich einreiche.

Art. 149. — Als der im Art. 95 des Gesetzes vorgesehene Stellvertreter wird der vom Pfarrverweser, oder in dessen Abgang, vom bischöflichen Ordinariate adhoc bezeichnete Priester betrachtet.

#### XIV. Kapitel Schulinspektoren

Art. 150. — Der Volksunterricht steht in jedem Kreise unter der besondern und unmittelbaren

Aufsicht des Schulinspektors, der der Vermittler ist zwischen den Lehrern und den Gemeindebehörden und dem Vorsteher des Erziehungsamtes.

Der Schulinspektor übermittelt dem Erziehungsamt die von den Gemeinden seines Kreises getroffene Wahl der Schulausschüsse und fügt seine Bemerkungen bei.

Art. 151. — Der Schulinspektor untersucht, ob das Gesetz über den Volksunterricht und das Schulreglement vollzogen werden, nämlich :

1. er erkundigt sich, ob die Lehrerschaft hinsichtlich der Ausführung und des Unterrichtes zu keinen Klagen Anlaß gebe ;

2. er kontrolliert das Register der Besuche des Schulausschusses und das Matrikelverzeichnis ;

3. er untersucht das Schullokal und das Schulmaterial.

4. er prüft die Zöglinge und läßt den Lehrer oder die Lehrerin in seiner Gegenwart Schule halten ;

5. er überzeugt sich, ob die Schule tatsächlich von allen schulpflichtigen Kindern besucht wird ;

6. er läßt sich über den Bezug und die Verwendung der Schulfonds und Bußgelder Rechenschaft geben ;



7. er bezeichnet dem Schulausschusse die einzuführenden Verbesserungen und trifft endlich mit Zustimmung des Erziehungsamtes die Maßnahmen, derer jede Schule zu ihrer guten Haltung bedarf.

Art. 152. — Bei der ersten Inspektion, die, soweit möglich, im Laufe des Monats November vorgenommen werden soll, richtet der Schulinspektor seine Aufmerksamkeit insbesondere :

1. auf die Haltung der Schule, die Einteilung der Zeit und das Programm der Lehrfächer;

2. auf das Schulmaterial, wie : Schulzimmer, Heizungsmittel, Tische, Bänke, Bücher, Karten und andere Gegenstände;

3. auf die Gesundheit und persönliche Reinlichkeit der Kinder und deren Kleidung.

Art. 153. — Er befiehlt den Lehrern, sämtliche Hefte der Volks- und Fortbildungsschule, und soweit möglich, auch die Handarbeiten bis zum Schluß des Schuljahres aufzubewahren.

Art. 154. — Er macht darüber, daß die vom Schularzte vorgeschriebenen Verbesserungen und Aenderungen von den Gemeindebehörden durchgeführt werden. Zu diesem Behufe wird ihm ein Doppel des Berichtes des Schularztes zugestellt.

Bei der zweiten Inspektion, die in die zwei letzten Schulmonate fallen soll, prüft der Inspektor vor allem das allgemeine Aussehen der Schule, die Kenntnisse und den Fortschritt der Schüler. Daher besichtigt er die Hefte, die er mitnehmen kann, um sie näher zu prüfen, fragt die Schüler in den verschiedenen Lehrfächern ab und läßt einige schriftliche Aufgaben machen: ein Diktat oder einen Aufsatz, Rechnungen usw. Er überzeugt sich, ob die vorgeschriebenen Lehrbücher verwendet und ob die Schulbücher und die übrigen Lehrmittel von den Zöglingen sorgfältig in Stand gehalten werden. Er untersucht aufs neue das Register der Schulbesuche des Schulausschusses, das Matrifelverzeichnis und das im Art. 75 des Reglementes vorgesehene Register und wacht über die vorschriftsgemäße Führung der Schulbüchlein und der Korrespondenzhefte.

Art. 155. — Der Schulinspektor hat nötigenfalls die Mitglieder des Ausschusses und des Gemeinderates, die Lehrer und die Familienväter einzuvernehmen. Er erteilt ihnen die Weisungen und Ermahnungen, die er für nützlich erachtet.

Art. 156. — Außer diesen zwei Inspektionen besucht der Schulinspektor die Schulen seines Kreises jedesmal, wenn er vom Erziehungsamte

den Auftrag dazu erhält, und so oft er es selbst für notwendig erachtet.

Art. 157. — Er erstattet den Fortbildungsschulen wenigstens einmal im Jahre einen Besuch ab.

Art. 158. — Nebst dem Berichte, den er jedes Jahr über die Schulen seines Bezirkes einliefert, erteilt er dem Erziehungsamt jede Auskunft, die von ihm begehrt wird; ferner erstattet er Bericht über die Klagen und Anzeigen, die ihm zur Kenntniß gebracht werden, nachdem er sich nöthigenfalls an Ort und Stelle verfügt und die betreffenden Personen einvernommen hat.

Art. 159. — Er trägt Sorge dafür, daß das Gehalt des Lehrers nach Gesetzesvorschrift ganz und regelmäßig ausbezahlt werde. Er sorgt ebenso dafür, daß der Lehrer auch der andern durch das Gesetz gewährten Vorteile theilhaftig werde.

Art. 160. — Im Einverständnisse mit dem Regierungsstatthalter, der die daherigen Befehle erteilt, kann der Schulinspektor die Dienste der in seinem Kreise angestellten Landjäger in Anspruch nehmen und verordnen, daß die von ihm verhängte Haft im Hauptorte des Bezirkes abgeessen werde.

Art. 161. — Die Gemeindebehörden sind gehalten, die vom Schulinspektor erteilten Befehle auszuführen.

Art. 162. — Die Inspektoren werden wenigstens einmal im Jahre vom Erziehungsamte zu einer Konferenz einberufen.

## XV. Kapitel

### Schulhäuser, Schulmobiliar und Schulmaterial

Art. 163. — Das Schulhaus muß auf trockenem oder durch vorgängige Arbeiten trocken gelegtem Boden und so erbaut werden, daß keine Klasse das Licht hauptsächlich von der Nordseite erhält.

Art. 164. — Der Fußboden der Schulzimmer im Erdgeschoß soll höher liegen als der das Schulhaus umgebende Erdboden.

Befindet sich unter dem Fußboden kein Hohlraum, so soll die Entfernung zwischen dem Erdboden und der Balkenlage des Fußbodens mindestens fünfzig Centimeter betragen.

Art. 165. — In unmittelbarer Nähe des Schulhauses soll ein Spiel- und Turnplatz hergerichtet werden.

Art. 166. — Wo es tunlich ist, soll außerhalb der Schulsäle ein Kleiderraum erstellt werden.

Art. 167. — Das Schulzimmer soll einen Flächeninhalt von mindestens  $1,30 \text{ m}^2$  für jeden Schüler besitzen. Je nach Lage und Verhältnissen kann die Höhe zwischen  $2,80 \text{ m}$  und  $4 \text{ m}$  betragen.

Art. 168. — Jedes Schulzimmer ist so einzurichten, daß das Tageslicht von der linken Seite einfällt. Uebrigens darf die Beleuchtung auch von der Rückseite, aber niemals von rechts oder gerade ins Gesicht der Schüler gegeben werden.

Art. 169. — Jedes Schulzimmer muß eine Lüftungsanlage besitzen. Die Fenster sind mit aufgehendem Kämpfer zu versehen. Die Türen müssen sich, gemäß Vorschrift des Art. 49 des Gesetzes über die Feuerpolizei, nach außen öffnen.

Art. 170. — Das Thermometer ist im Schulzimmer so anzubringen, daß es möglichst genau die mittlere Temperatur anzeigt. Die Temperatur darf nicht unter  $14^\circ$  Grad sinken und  $18^\circ$  Grad nicht übersteigen.

Art. 171. — Der Schulsaal soll täglich gekehrt und wenigstens zweimal im Jahre auf

Kosten der Gemeinde gescheuert werden. Diese liefert das nötige Material für die Reinigungsarbeiten.

Das Schulzimmer soll während der freien Zeit gelüftet werden.

Art. 172. — In jedem Schulhause sind für Knaben und Mädchen getrennte Aborte vorhanden und zwar wenigstens einer für jede Klasse und zwei für jede gemischte Schule. Sie sollen mit einem Schlüssel geschlossen sein. Für die Knaben wird ein Pissoir erstellt.

Art. 173. — Im allgemeinen müssen die Aborte und Pissoirs durch einen guten Abschluß vom übrigen Gebäude völlig abgesondert sein. Werden Gruben erstellt, so hat dies dermaßen zu geschehen, daß sie vollständig wasserdicht und hermetisch geschlossen sind, getrennt gelüftet und von außen entleert werden können.

Art. 174. — Das Erziehungsamt stellt den Gemeinden Pläne für Schulbauten und alle diesbezüglich wünschbaren Aufschlüsse zur Verfügung.

Art. 175. — In jeder Schule befinden sich zwei Tabellen, wovon die eine den Stundenplan für die Woche und die andere die hauptsächlichsten Verhaltensregeln für die Schüler enthält.

Art. 176. — Das Mobiliar muß der Größe der Zöglinge angepaßt sein. Bänke, die nicht nach dem amtlichen Muster gemacht sind, dürfen nur mit der besondern Ermächtigung des Erziehungsamtes angeschafft werden.

Art. 177. — Die Wandtafeln sollen, wenn möglich, in der Mitte vor den Schülern aufgestellt werden.

Art. 178. — Kurzsichtigen oder schwerhörigen Schülern wird ihr Platz in der Nähe des Lehrers angewiesen.

Art. 179. — Ueberdies soll jede Schule folgendes, ihrem Range entsprechendes Material besitzen :

a) wenigstens eine mattschwarze Holz- oder Schieferwandtafel mit Schwamm und Kreide;

b) einen Schrank für das Archiv, die Bibliothek, die Sammlungen für den Anschauungs-, Zeichen- und Schönschriftunterricht und die übrigen zur Schule gehörigen Sachen;

c) die nötigen Instrumente für die Anfangsübungen im Feldmessen und geometrischen Zeichnen, wie : Meßstangen, Zirkel, Reißchiene, Kreuzscheibe und Maßstab;

d) Maße und Gewichte zur Veranschaulichung des metrischen Systems;

e) eine Sammlung geometrischer Körper;

f) einen Zählrahmen;

g) eine Karte des Kantons Wallis, eine Schweizerkarte, eine Europakarte, eine Weltkarte, einen Erdglobus und einen schweizerischen Schulatlas;

h) Gegenstände, Sammlungen und Bilder für den Anschauungsunterricht;

i) ein Thermometer;

j) die übrigen Gegenstände, deren Anschaffung das Erziehungsamt als allgemein verbindlich erklären oder die es den Schulen zuweisen wird.

Art. 180. — Steht für den Handarbeitsunterricht der Mädchen kein eigenes Zimmer zur Verfügung, so sind die zu diesem Zwecke benutzten Klassenzimmer mit folgenden Gegenständen auszustatten :

einer karierten schwarzen Tafel;

einem für Zuschnidearbeiten hinreichend großen Tische;

einem Schrank, der zur Aufnahme der Arbeiten der Schülerinnen und ihrer Bedarfsmittel hinreicht.



Art. 181. — An die Anschaffung der in den Artikeln 179 und 180 genannten Gegenstände werden aus der Schulsubvention des Bundes Beiträge geleistet.

Wenn eine Gemeinde das vorgeschriebene Schulmaterial nicht anschafft, wird es ihr auf ihre Kosten vom Staate zugestellt.

Art. 182. — Jede Gemeinde soll eine Schulbibliothek besitzen.

An die Errichtung und den Ausbau derselben leistet das Erziehungsamt Beiträge aus der Schulsubvention des Bundes.

Art. 183. — Die Fortführung des Katalogs der Bibliothek obliegt der Lehrerschaft. Diese hat auch das Verzeichnis des Mobiliars und aller Zubehör der Schule aufzunehmen. Dieses Inventar wird in ein eigenes Register eingetragen und soll jedes Jahr im Laufe des Monats April und bei jedem Lehrerwechsel durchgesehen werden.

## XVI. Kapitel

### Schularzt und Schulhygiene

#### A. Schularzt

Art. 184. — Schularzt ist in der Regel der Bezirksarzt. Seine Vergütungen sind durch den Staatsrats-Entscheid vom 6. März 1908 bestimmt.

Art. 185. — Seine Dienstobliegenheiten sind :

1. alljährlich zu Beginn des Schuljahres eine sorgfältige und eingehende Untersuchung der Schüler und der Lehrerschaft vorzunehmen ;

2. über seine Untersuchung Bericht zu erstatten und je ein Doppel desselben vor dem 1. Januar dem Erziehungsamt und dem Schulinspektor zuzustellen.

Art. 186. — Unter Vorbehalt der allgemeinen Bestimmungen des Gesundheits-Polizei-Gesetzes und der Amtsbefugnisse der Bezirksärzte ist der Schularzt mit der Anwendung der in den folgenden Artikeln vorgesehenen hygienischen Vorschriften beladen.

### B. Schulhygiene.

Art. 187. — Jedes Kind, das mit einer ansteckenden Haut- oder Haarkrankheit behaftet zu sein scheint, ist von der Schule auszuschließen.

Art. 188. — In Fällen von Krätze und Flechte sind sämtliche Schüler der Klasse, der der Kranke angehört, vom Arzte zu untersuchen. Nötigenfalls ist das Schulzimmer nach seinen Weisungen zu desinfizieren.

Art. 189. — Jeder Schüler, der von einer übertragbaren, epidemischen oder ansteckenden Krankheit befallen ist, muß aus der Schule ausgeschlossen werden, sobald die charakteristischen Anzeichen der Krankheit festgestellt sind.

Die Ausschußdauer beträgt mindestens :

40 Tage bei Pocken, Scharlach und Keuchhusten.

20 Tage bei Rachenbräune.

15 Tage bei Masern.

Art. 190. — Schüler, die von Pocken, Rachenbräune und Scharlach befallen sind, dürfen nur dann die Schule wieder besuchen, wenn der Arzt erklärt hat, daß keine Ansteckungsgefahr mehr vorhanden ist und die gesetzlich vorgeschriebenen Desinfektionsmaßnahmen getroffen worden sind.

Art. 191. — Die an Röteln, Windpocken und Mumps erkrankten Kinder können, sofern es sich nicht um eine gefährliche Epidemie handelt, sofort nach ihrer Heilung die Schule wieder besuchen.

Art. 192. — Die an Typhus erkrankten Schüler können nur mit einer ärztlichen Bescheinigung, nach der sie keine Ansteckungsgefahr mehr bilden, wieder die Schule besuchen.

Art. 193. — Die an Lungenschwindsucht erkrankten Kinder werden zum Schulbesuche nur zugelassen, wenn der Arzt erklärt hat, daß ihre Krankheit nicht ansteckend wirke.

Art. 194. — Da der Auswurf, der Staub und die verunreinigte Luft Vermittler dieser schrecklichen Krankheit sind, ist es verboten, auf den Boden zu spucken und beim Kehren Staub aufzumirbeln, und man wird dafür sorgen, daß die Luft in den Schulzimmern während der Erholung und zwischen der Schulzeit erneuert werde.

Art. 195. — Die Kinder einer Familie, in der jemand an Pocken, Scharlach, Rachenbräune oder Masern krank ist, dürfen die Schule nicht besuchen, bevor es festgestellt ist, daß sie keine Ansteckungsgefahr bilden und die im Art. 197 festgesetzten Fristen verstrichen sind.

Art. 196. — Der Schulausschuß kann Schülern die in der Nachbarschaft des Kranken wohnen und der Ansteckung ausgesetzt sind, den Besuch der Schule untersagen.

Art. 197. — Ist ein Schüler nicht schon durch die überstandene Krankheit gegen Wiederansteckung unempfindlich geworden, so kann er während der

verdächtigen Inkubationsperiode die Schule nicht wieder besuchen vor Ablauf von 20 Tagen bei Pocken, 15 Tagen bei Masern, 10 Tagen bei Scharlach und Rachenbräune.

Art. 198. — In jedem Falle kann der Wiederbesuch der Schule nur den Schülern gestattet werden, die desinfizierte Kleider tragen.

### C. Schließung der Schulen.

Art. 199. — Wenn in einer im Schulhause wohnende Familie eine epidemische Krankheit ausbricht, muß die Schule geschlossen werden.

Die Wiedereröffnung der Schule kann nur erfolgen, nachdem die Kranken anderwärts verbracht und die Räumlichkeiten gründlich desinfiziert worden sind.

Art. 200. — Kommt ein Fall von Pocken, Scharlach, Rachenbräune, Masern oder Keuchhusten in einer Kleinkinderschule vor, so ist diese sofort zu schließen. Sie kann nur wiedereröffnet werden nach 20 Tagen bei Pocken, nach 15 Tagen bei Masern und Keuchhusten, nach 10 Tagen bei Scharlach und Rachenbräune. In allen Fällen müssen die Schulzimmer vollständig desinfiziert werden.

Art. 201. — Die übrigen Schulen werden bloß geschlossen, wenn der Bezirksarzt ein begründetes Begehren an das Erziehungsamt stellt.

Der Befehl zur Schließung wird vom Erziehungsamt gegeben.

In dringenden Fällen kann der Schulausschuß von sich aus die vorläufige Schließung der Schule befehlen.

In der Regel ist für die Dauer der Schließung die im Art. 200 vorgesehene Frist maßgebend.

#### D. Desinfizierung der Schulen.

Art. 202. — Die Desinfizierung soll nach der vom Bezirksarzte erteilten Weisung geschehen. Im allgemeinen ist das Desinfektionsverfahren zu befolgen, das eine möglichst kurze Unterbrechung der Schule zur Folge hat.

Art. 203. — In Fällen von Pocken, Scharlach und Rachenbräune ist das Schulmaterial, wie Bücher und Hefte der Kranken, zu desinfizieren oder zu vernichten.

Art. 204. — Auf den kranken Lehrer sind die für die Schüler geltenden Bestimmungen anwendbar.

Art. 205. — Tritt ein Pockenfall in der Familie des Lehrers auf, so kann dieser erst 15 Tage nach einem Wohnungswechsel seinen Unterricht wieder aufnehmen. Er kann auch zu einer Wiederimpfung angehalten werden.

Art. 206. — In Fällen von Scharlach und Rachenbräune darf der Lehrer seinen Unterricht fortsetzen, sofern er :

1. mit dem Kranken nicht die gleiche Wohnung teilt ;

2. in die Schule kein Kleidungsstück, kein Buch noch irgend einen andern Gegenstand bringt, die mit dem Kranken irgendwie in Berührung kommen konnten ;

3. nicht die Wohnung des Kranken betritt.

Art. 207. — In Fällen von Typhus, Masern, Keuchhusten, Mumps und Windpocken darf der Lehrer seinen Unterricht fortsetzen, wofern er kein Kleidungsstück noch einen andern Gegenstand, die mit dem Kranken in Berührung gekommen wären, in die Schule bringt.

Art. 208. — Die Lehrerschaft bringt die von ihr verfügten Zurückweisungen sofort zur Kenntnis des Schulausschusses. Sie darf, wenn ihr die

Schließung der Schule geboten erscheint, beim Schulausschusse einen daheringen Antrag stellen.

Art. 209. — Die Eltern, deren Kinder die öffentlichen Schulen besuchen, sind verpflichtet, die in ihrer Wohnung vorkommenden Fälle von ansteckenden Krankheiten dem Schulausschusse zur Kenntniss zu bringen.

Art. 210. — Bei Krankheiten, deren Bekanntmachung mit Unzukömmlichkeiten verbunden sein könnte (Fallsucht u. s. w.), lautet die ärztliche Erklärung einfach dahin, daß der Gesundheitszustand des Kindes es vom Schulbesuche enthebe. Ist die Krankheit übertragbar, so muß sie genau bezeichnet werden.

Art. 211. — Die behandelnden Aerzte haben den Schularzt von allen Fällen ansteckender Krankheiten zu benachrichtigen, sofern diese auf die vorhergehenden Artikel Bezug haben.

Art. 212. — Es wird kein Kind in die öffentlichen Schulen oder andere Erziehungsanstalten aufgenommen, das nicht einen Impfschein vorweisen kann.

Art. 213. — Die Gemeindehöörden haben für die Beobachtung dieser Bestimmung sowohl in den Privatanstalten als in den öffentlichen Schulen zu sorgen.



## XVII. Kapitel.

### Widerrufsbestimmungen.

Art. 214. — Es sind widerrufen :

1. das Reglement vom 24. Oktober 1874 ;
2. die dem gegenwärtigen Reglemente zuwiderlaufenden Beschlüsse und Kreisschreiben.

Art. 215. — Das gegenwärtige Reglement tritt mit dem Schuljahre 1911-1912 in Kraft.

Also beschlossen in der Sitzung des Staatsrates vom 5. November 1910.

Der Präsident des Staatsrates:

**H. Bioley.**

Der Staatskanzler:

**K. Roten.**